

Diskussionsgrundlage für die programmatische Vorbereitung der Kommunalwahl 2021 – Stand August 2020

Redaktionsteam: Petra, Jan, Nicole, Hermann, Steffi, Jochen

Vorwort – Die Corona-Pandemie und ihre jetzt bereits absehbaren Auswirkungen auf die Kommunen

Bereits heute ist klar, dass die Pandemie die gesellschaftliche, ökonomische und politische Lage auch in Hessen und in den Kommunen spürbar verändert hat und weiter verändern wird. Viele Menschen sind durch die Krise in existenzielle Nöte geraten und soziale Ungleichheiten sind in der Krise noch deutlicher zutage getreten. Es ist noch immer nicht endgültig abzusehen, wie dramatisch die Folgen der Pandemie für die ökonomische Lage, die öffentliche Infrastruktur und Finanzen sowie das gesellschaftliche Leben am Ende sein werden. Für DIE LINKE steht jedoch fest, dass der Kampf für soziale Gerechtigkeit weiter im Mittelpunkt linker Kommunalpolitik stehen muss. Die Krise hat die ohnehin herrschenden Probleme nochmals verstärkt und Rettungspakete a la Lufthansa helfen am Ende nur den oberen zehntausend und nicht der Breite der Bevölkerung. Die Krise hat gezeigt, dass DIE LINKE richtig lag – bessere Bezahlung in Pflegeberufen, die Automobilbranche ist nicht systemrelevant und die Abkehr von der Schuldenbremse – so schnell kann es manchmal gehen. In der Kommunalwahl muss es nun darum gehen konkrete Lösungen und Wege aufzuzeigen, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und zu verhindern, dass die Kosten der Krise auf die Bevölkerung abgewälzt werden.

Zum Charakter dieses Papiers

Ein Beschluss des 12. Landesparteitags verpflichtet den Landesvorstand im April 2020 einen Entwurf für Kommunalpolitische Eckpunkte vorzulegen, der den Kreisverbänden zur Vorbereitung der Kommunalwahl am 14. März 2021 als Orientierung dienen soll. Dies wurde gemacht. Auf Grund der sich im März zugespitzten Pandemiesituation lief die Diskussion des Papiers eher schleppend. Nun liegt eine überarbeitete Fassung des damaligen Papiers mit Corona Bezug vor. Das jetzt vorliegende Papier ist auf Grund der Länge nicht mehr als Eckpunkte zu bezeichnen – dafür ist es zu detailliert. Es kann den Kreisverbänden als Unterstützung bei der Ausarbeitung ihre eigenen Wahlprogramme dienen oder als Diskussionsgrundlage. Es kann aber nicht auf dem Parteitag als Eckpunktepapier verabschiedet werden.

Das hier vorliegende Papier versteht sich mehr als Anhang an ein noch zu erstellendes Kurzpapier, welchen knapp und zugespitzt unsere Schwerpunkte zur Kommunalwahl 2021 umreißt.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| Einleitung..... | 3 |
| 1. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren..... | 6 |
| 2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort..... | 7 |
| 3. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten..... | 9 |
| 4. Ländliche Räume stärken..... | 11 |
| 5. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht..... | 13 |
| 6. Eine echte Verkehrswende..... | 13 |
| 7. Sozialökologische ortsnahe Energiepolitik..... | 14 |
| 8. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken..... | 14 |
| 9. Wald, Boden und Tiere schützen..... | 15 |
| 10. Schule, KITA und Bildung: Gebührenfrei und kostenlos..... | 15 |
| 11. Digitale Teilhabe sicherstellen..... | 16 |
| 12. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen..... | 17 |
| 13. Kampf gegen Faschismus und Rassismus auch in den Kommunen..... | 18 |
| 14. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle..... | 19 |
| 15. Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement mit Bürgerbeteiligung verbinden | 20 |
| 16. Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen..... | 21 |
| 17. Gleichstellung aller Lebensweisen und Identitäten..... | 22 |
| 18. Kultur für alle..... | 23 |
| 19. Erhalt und Ausbau von Sportstätten und Förderung des Breitensports..... | 23 |
| 20. Kommunen für den Frieden..... | 24 |
| Mitmachen..... | 24 |

1 DIE LINKE. Hessen vor Ort: Konsequenz für soziale 2 Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, Demokratie und 3 Frieden in lebenswerten Städten und Gemeinden

4 Einleitung

5 Abgeleitet aus den Eckpunkten für den Kommunalwahlkampf sind die Diskussionspunkte
6 heruntergebrochen auf ein Kreiswahlprogramm für Waldeck-Frankenberg.

7 Wir können versuchen, als Mitglieder in kommunalen Parlament (Kreistag und als
8 Stadtverordnete oder in Ortsbeiräten), unsere Ziele umzusetzen, die sich aus unserer linken
9 Grundhaltung ergeben. Diese Grundhaltung und was sie inhaltlich können wir nicht in diesem
10 Wahlprogramm darstellen.

11 DIE LINKE kämpft für eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus, frei von
12 Ausbeutung des Menschen, Unterdrückung und Zerstörung der Natur. Wir kämpfen dafür,
13 dass alle Menschen in dieser Gesellschaft in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und
14 die gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können. Der Kapitalismus ist nicht
15 das Ende der Geschichte.

16 1. Reichtum besteuern und kommunale Aufgaben finanzieren

17 Zur Umsetzung kommunaler Aufgaben brauchen die Kommunen Geld. Wie dieses Geld in
18 Form von Steuern und Abgaben erreicht wird, legen Bundesregierung und Landesregierung in
19 Hessen fest. Kommunen können nur über Abgaben für z.B. Tierhaltung, Grundsteuern,
20 Hebesätze für Gewerbesteuer und über Gebühren für kommunale Dienste entscheiden. Große
21 Unternehmen entziehen sich oft ihrer Steuerpflicht bei der Gewerbesteuer durch
22 undurchsichtige Finanztransaktionen. Die Erhöhung von kommunalen Abgaben und Steuern
23 treffen daher überwiegend die Menschen mit normalen und geringem Einkommen. Das
24 kommt für uns als Linke nicht in Frage. Die einzig sinnvolle Maßnahme zu
25 Einnahmenerhöhung der Kommunen ist die Beschäftigung vieler Menschen mit guten Löhnen
26 und Gehältern durch entsprechende Arbeitsplätze. Dafür braucht man möglichst viele regional
27 wirtschaftende Unternehmen, die Gewinn erwirtschaften, aber keine Kapitalabflüsse in
28 Aktionäre oder Hedge Fonds haben. Daher tritt die LINKE auf der Ebene der Kreises
29 Waldeck Frankenberg für die Förderung der Ansiedlung kleiner und mittlerer Unternehmen
30 ein und für die Bezahlung nach geltenden Tarifverträgen. Dies kann z.B. bei Ausschreibungen
31 des Kreises und bei kreiseigenen Betrieben gefordert werden.

32 2. Soziale Gerechtigkeit vor Ort

33 Die Corona-Pandemie verstärkt die soziale Ungleichheit. Wer schon vor Corona sozial und
34 finanziell schlechter gestellt war, ist von den Auswirkungen stärker betroffen. Dies betrifft
35 auch die Ungleichheit zwischen Männern und Frauen. Zudem zeigt die
36 Ungleichheitsforschung, dass das Alter und die soziale Lage Einfluss auf die Schwere eines
37 Infektionsverlaufs haben. DIE LINKE wendet sich dagegen, dass die Schwächsten der
38 Gesellschaft für die Kosten der Corona-Krise, evtl. durch Sozialkürzungen in den
39 Kommunen, aufkommen. Dagegen hat die Corona-Pandemie gezeigt, dass wir einen Ausbau
40 der öffentlichen Hand brauchen.

6 3

7

8

41 Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie soziale Ungerechtigkeiten, die auf einer
42 verfehlten Arbeitsmarkt-, Sozial- und Gesellschaftspolitik beruhen, können nicht in einer
43 einzelnen Kommune aufgehoben werden. Die steigende Nachfrage nach Essen von den
44 Tafeln sowie an Kleiderkammern zeigen die Ausmaße von Armut in den Kommunen. Aber es
45 gibt Möglichkeiten, die Situation der wirtschaftlich Schwachen zu verbessern und ihnen mehr
46 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Deshalb fordert DIE LINKE eine
47 kostenlose bzw. kostengünstige Daseinsvorsorge, z. B. vollständige gebührenfreie Kitas und
48 Ganztagschulausbau mit gesundem und kostenfreiem Mittagessen sowie die Einführung
49 eines Sozialpasses, der erwerbslosen und armen Menschen den kostenlosen Zugang zu den
50 öffentlichen Einrichtungen (, Bäder, Museen bis zur kostenlosen Benutzung der öffentlichen
51 Verkehrsmittel) gewährt. Darüber hinaus sollen für diesen Personenkreis zusätzliche Hilfen
52 aus besonderen Anlässen, wie z. B. Weihnachtsbeihilfen oder Beihilfen bei Einschulungen
53 gewährt werden. Zudem sollen alle Versorgungsbetriebe, mit Hilfe von Sozialtarifen, eine
54 soziale Preisgestaltung einführen.

55 Für DIE LINKE bleibt es dabei: Anstelle von Hartz IV fordern wir eine bedarfsorientierte
56 Mindestsicherung. Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in der Kommune, etwa im Bereich
57 der Jobcenter und setzen uns für die volle Übernahme der Kosten der Unterkunft ein, um den
58 Folgen dieser Armutsgesetzgebung entgegenzutreten.

59 Der Personalabbau der letzten Jahre hat dazu geführt, dass viele Verwaltungen unterbesetzt
60 sind (z.B. im Gesundheitsamt, in der Lebensmittelkontrolle, im Tier-, Natur- und
61 Landschaftsschutz, der Bauverwaltung, dem Sozialamt oder Kita- und Sozialeinrichtungen).
62 Damit die Bearbeitung der wichtigen Anliegen der Menschen weiterhin möglich ist, setzen
63 wir uns dafür ein, dass kommunale Arbeitsplätze und Stellen erhalten bleiben. Das dient
64 sowohl den Beschäftigten als auch den Menschen mit Anliegen an die Verwaltung, z. B.
65 Arbeits- und Sozialämter, Kindergärten....

66 Wir fordern und unterstützen den Erhalt und den Ausbau aller sozialen Einrichtungen und
67 Institutionen, für eine respektvolle Versorgung von Menschen in Situationen mit sozialem
68 Betreuungsbedarf: Kinder, Jugendliche und Erwachsene, die von der Teilnahme am
69 allgemeinen gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind - entweder durch Fehlen der
70 nötigen finanziellen Mittel, oder aufgrund gesundheitlicher oder sprachlicher Hürden. Das
71 betrifft vor allem auch Menschen, die aufgrund von Verwaltungsentscheidungen von der
72 Teilnahme z. B. am Arbeitsleben ausgeschlossen sind.

73 Ganz besonders betrifft dies die Betreuung alter Menschen im Alltagsleben.

74 **3. Soziale Wohnungspolitik – für bezahlbare Mieten**

75 Wohnen ist ein Menschenrecht. Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen
76 Daseinsvorsorge. Wohnungspolitik ist für DIE LINKE auf kommunaler Ebene eine
77 Kernaufgabe.

78 Die Wohnungssituation in unserem Kreis ist zwiegespalten - einerseits qualitativ sehr
79 hochwertige Eigentumshäuser für ein oder zwei Familien, andererseits Mehrfamilienhäuser in
80 sehr desolatem Zustand mit geringen Mieten, von denen die nötigen Erhaltungsaufwände und
81 Sanierungskosten nicht bezahlt werden können. Davon betroffen sind zumeist die Häuser in
82 den Innenstädten und Dorfkernen. Hier besteht ein großer Handlungsbedarf, der nicht vom
83 kapitalistischen profitorientierten Handeln abgedeckt werden kann.

84 Wir treten dafür ein, dass soziale Wohnungen im Kreis geschaffen werden. Dazu wollen wir
85 eine kreisweite Initiative entwickeln, um Gegenmaßnahmen zu erarbeiten.

86 Ganz wichtig ist für uns dabei die Rolle des Bauamts, z.B. bei der Umwidmung großer alter
87 landwirtschaftlicher Gebäude in Mehrfamilienhäuser.

88 Auch die Gestaltung von neuen Baugebieten mit Einschränkung der Bebauung auf Ein- oder
89 Zweifamilienhäuser verhindert ein besseres Angebot an erschwinglichen Mietwohnungen.

90 Wir wollen dafür sorgen, dass weniger landwirtschaftliche Flächen in einzelnes Wohnen
91 umgewandelt werden, anstatt bestehende Wohnraumflächen zu konzentrieren.

92 Dafür brauchen wir Zuschüsse und Fördermöglichkeiten besonders für die Sanierung und
93 Erhaltung der gewachsenen Gebäudestrukturen, weil die Erhaltung der Bausubstanz
94 ökologisch besser ist als deren Abriß und Neubau mit heutigen Baumaterialien. Hier soll der
95 Kreis mit Förderprojekten aktiv werden.

96 Auf Landesebene fordert DIE LINKE für Hessen ein Landesprogramm zur Schaffung von
97 jährlich mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen. Die Wohnungen sollen barrierefrei und
98 klimaneutral errichtet werden und z.B. im Standard von Niedrigstenergiehäusern bzw.
99 Passivhäusern gebaut werden.

100 Um dies zu erreichen ist eine soziale Boden- und Grundstückspolitik der Kommunen
101 dringend erforderlich. Öffentlicher Grund und Boden darf nicht verkauft werden. Mit
102 öffentlichen Gebäuden ist so umzugehen, dass sie nicht verfallen und ihrer Bestimmung
103 entsprechend genutzt werden können. Ist die Nutzung nicht mehr sinnvoll, soll eine
104 Umwandlung in soziale Wohnungen erfolgen ohne die Gebäude zu privatisieren.

105 In Initiativen und den kommunalen Gremien heraus machen Linke Mandatsträger*innen
106 entsprechenden Druck. DIE LINKE fordert eine soziale Bodennutzung. Der Kreis muß
107 wieder eine soziale Bodenbevorratungspolitik betreiben.

108 **4. Ländliche Räume stärken**

109 DIE LINKE fordert umfassende strukturpolitische Maßnahmen für ländliche Regionen.
110 Kleinere Schulen schließen, Ämter und Behörden werden zentralisiert, die
111 Gesundheitsversorgung baut ab, kleine und mittelständische Unternehmen finden nur schwer
112 Auszubildende und Mitarbeiter. Das Lohn- und Einkommensniveau ist niedrig.

113 Wir wollen, dass der Kreis der weiteren Zentralisierung von Einkaufs-, Sozial- und
114 Kultureinrichtungen entgegentritt, und die Einrichtung / Erhaltung kleiner Einrichtungen
115 fördert. Dies kann auch z.B. durch finanzielle Förderung von kleinen Veranstaltungen
116 erfolgen. Die Reichweite solcher Einrichtungen soll durch Digitalisierung vergrößert werden,
117 Auch hier kann der Kreis mit Vernetzungsinitiativen, finanziellen Mitteln und personellen
118 Mitteln unterstützen.

119 Die digitale Infrastruktur im Kreis muß weiter verbessert werden. Angesichts der großen
120 Menge durch Windkraft erzeugter Energie soll der Kreis Nutzungskonzepte durch

12 5

13

14

121 rechenleistungintensive Dienstleistungen (Rechenzentren) unterstützen / initiieren. Zur
122 Schaffung von interessanten Arbeitsplätzen und zur Erhöhung der Einnahmen im Kreis.

123 Für uns ist kommunale Wirtschaftsförderung vor Ort ein wesentlicher Faktor zur Erhaltung
124 der Lebensqualität in Waldeck-Frankenberg.

125 **Bis hier wurde geändert**

126 Stichwort: Schulen im Aufbruch

127 **5. Klimagerechte Kommune, sozial gemacht**

128 Die Linke unterstützen die Forderung nach Ausrufung des Klimanotstands in den Kommunen,
129 welcher beinhalten muss, dass bei jeder Maßnahme der öffentlichen Hand die Auswirkungen
130 auf das Klima untersucht und entsprechend berücksichtigt wird. Klimaschutz erfordert
131 ernsthafte Maßnahmen zu ergreifen und die Energie-, Verkehrs- und Agrarwende
132 umzusetzen. Nur so kann der Klimawandel, eine der größten gesellschaftlichen
133 Herausforderungen heute, gestoppt werden. Eins ist klar: Ökologische Nachhaltigkeit wird
134 innerhalb des wachstumsgetriebenen Kapitalismus nicht realisierbar sein.

135 Klimapolitik muss sozial gerecht sein, denn Ökologie und Soziales sind zwei Seiten derselben
136 Medaille. Die ökologische Transformation muss Hand in Hand mit der Verwirklichung
137 sozialer Gerechtigkeit gehen, den Menschen die Existenzängste nehmen und echte
138 gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Der sozial-ökologische Umbau der Wirtschaft wird
139 mit tiefgreifenden strukturellen Veränderungen verbunden sein. Er beinhaltet einen
140 mehrfachen Umverteilungsprozess: von oben nach unten, von fossil zu erneuerbar, vom
141 globalen Norden in den globalen Süden, von Staat zu Bürger*innenschaft und von privat zu
142 öffentlich. Uns ist klar, dass die aufgeführten Veränderungen mit einem massiven Umbau des
143 Arbeitsmarktes einhergehen. Das schürt Ängste und führt zur Verunsicherung der
144 Beschäftigten. Sozial-ökologischer Umbau bedeutet auch die Belange der Beschäftigten eine
145 zentrale Rolle spielen zu lassen. Nur gemeinsam können wir das Klima retten.

146 **6. Eine echte Verkehrswende**

147 Automobilkonzerne und deren Profitinteressen haben lang genug unser Stadtbild geprägt, es
148 ist Zeit für einen notwendigen Wandel der Mobilität hin zum öffentlichen Verkehr sowie der
149 Förderung von Fuß- und Radverkehr. DIE LINKE. Hessen will eine gerechte sozial-
150 ökologische Mobilitätswende und Mobilitätsgarantie für alle Menschen – ob in den Städten
151 oder dem ländlichen Raum. Sie schafft damit nicht zuletzt auch mehr Lebensqualität in den
152 Städten und Gemeinden. DIE LINKE. Hessen will einen schnellen und umfassenden Ausbau
153 des ÖPNV, mehr Fahrzeuge, mehr Strecken, höhere Taktung, vollständige Barrierefreiheit
154 und mehr Personal. Selbstverständlich strebt DIE LINKE einen Null-Tarif im öffentlichen
155 Nahverkehr an.

156 Weiterhin braucht es sichere Räumlichkeiten für das Fahrrad und die Fußgänger*innen. Nur so kann
157 die Voraussetzung geschaffen werden, um aus dem Autoindividualverkehr auszusteigen. Im
158 ländlichen Raum wird das Auto leider weiterhin noch Fortbewegungsmittel Nummer eins
159 bleiben, da das Netz dort so kaputtgespart und ausgedünnt wurde, dass überhaupt erstmal

15 6

16

17

160 wieder attraktive Nahverkehrsangebote installiert werden müssen. Denn eins ist klar: Erst
161 muss ausgebaut und dann umgestiegen werden, nicht anders herum.

162 DIE LINKE wendet sich gegen ökonomisch fragwürdige und ökologisch unverantwortliche
163 Großprojekte wie den Ausbau des Frankfurter Flughafens und fordert das Nachtflugverbot
164 von 22 bis 6 Uhr sowie die Begrenzung der Flugbewegungen. Außerdem steht DIE LINKE
165 gegen jeden neuen Autobahnbau, der Natur und Lebensgrundlage von Menschen und Tieren
166 zerstört. Sie unterstützt den Widerstand der Menschen vor Ort gegen Projekte, die das Klima,
167 die Umwelt und die Gesundheit der betroffenen Menschen belasten.

168 **7. Sozialökologische ortsnahe Energiepolitik**

169 Die Energieversorgung ist wie die Wasserversorgung und Entsorgung eine öffentliche
170 Aufgabe und muss auch eine solche bleiben. Die Ver- und Entsorgung muss von den
171 Stadtwerken als kommunale Eigenbetriebe erfolgen. Diese Einrichtungen müssen den
172 Menschen dienen, nicht Profitwünschen privater Kapitaleigner. Ziel ist es Investitionen in
173 erneuerbare Energie erhöhen und dezentrale Erzeugungs- und Versorgungsstrukturen in den
174 Kommunen fördern. Die Energiewirtschaft wollen wir demokratisieren und unterstützen
175 deshalb insbesondere genossenschaftlich organisierte, lokale Energieversorger. Die
176 Energieversorgung hat neben den ökologischen Aspekten auch eine soziale Komponente: Wir
177 setzen uns für eine Sozialstaffelung der Energiekosten ein und lehnen Stromsperrern für
178 zahlungsunfähige Haushalte ab, denn Strom muss bezahlbar sein.

179 Energieeinsparungen und der Umstieg auf erneuerbare Energien müssen Hand in Hand gehen.
180 Kommunen müssen jeden Ansatz ressourcenschonenden Verhaltens, Energiesparen und
181 Abfallvermeidung, z.B. durch kommunale Programme für klimafreundliche Elektrogeräte für
182 mittellose Haushalte oder Repair-Cafés unterstützen. Auch die Abfallversorgung und -
183 entsorgung gehört in kommunale Hand, denn Abfallvermeidung und richtige Entsorgung sind
184 praktischer Klimaschutz. Ein grundsätzlicher Energieverzicht ist unumgänglich, da das
185 heutige Niveau des Energieverbrauchs nicht durch erneuerbarer Energiequellen ersetzt
186 werden kann und soll. Hier sollen die Städte und Gemeinden in ihrem eigenen
187 Verantwortungsbereich mit gutem Beispiel bei der Energieeinsparung vorangehen.

188 DIE LINKE unterstützt alle gemeinwirtschaftlichen regionalen und kommunalen Projekte zur
189 ortsnahe regenerativen Energieerzeugung unter Berücksichtigung der naturschutzrechtlichen
190 Bestimmungen.

191 **8. Regionale Wirtschaftskreisläufe stärken**

192 Die agrarpolitische Strategie der Weltmarktorientierung muss zugunsten einer regional
193 orientierten Landwirtschaft geändert werden. Regionale Erzeugung und Vermarktung
194 schaffen eine regionale Wertschöpfung und sichern damit Arbeit und Einkommen.
195 Kleinbäuerliche und genossenschaftliche Strukturen mit regionaler Vermarktung müssen
196 unterstützt werden. Direktvermarktung ist die Lösung, um dem globalen Lebensmittelmarkt
197 die Stirn zu bieten.

198 **9. Wald, Boden und Tiere schützen**

18 7

19

20

199 Waldbestände in kommunaler Hand, sowie Landeswald, betrachten wir als
200 Kohlenstoffspeicher und fordern eine gemeinschaftliche pflegerische Bewirtschaftung.
201 Ebenso sollen auf kommunalen Pachtäckern ökologische Formen der Bodenbewirtschaftung
202 festgeschrieben werden. In diesem Sinne müssen Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen
203 und auf den Einsatz von Pestiziden wie Glyphosat und anderen chemischen Keulen in Garten,
204 Grünanlagen und auf anderen kommunalen Flächen verzichten. Dies gibt auch für verpachtete
205 Flächen.

206 Ackerböden dürfen nicht zu Gunsten von Logistikzentren oder anderen Bauvorhaben
207 versiegelt werden. Bei Flächenversiegelung muss grundsätzlich abgewogen werden zwischen
208 Bebauung und Qualität des Bodens. Guter Boden muss für den Anbau von Lebensmitteln
209 erhalten bleiben und hochwertige Ackerböden gesetzlich vor Versiegelung geschützt werden.

210 Vor Ort setzen wir uns für eine kostendeckende Finanzierung von Tierheimen ein. Die
211 Veterinärämter müssen zur Überprüfung der Einhaltung des Tierschutzes mit ausreichend
212 Ressourcen ausgestattet werden.

213 **10. Schule, KITA und Bildung: Gebührenfrei und kostenlos**

214 Bildung ist ein Menschenrecht – und muss von Beginn an gebührenfrei und kostenlos jedem
215 Menschen gleichermaßen zur Verfügung stehen. Daher fordern wir den flächendeckenden
216 Ausbau von ganztägig arbeitenden Kindertagesstätten, sowohl in den Städten als auch in den
217 ländlichen Regionen. Diese müssen sowohl sachlich, räumlich als auch personell gut
218 ausgestattet sein, und schon von der Krippe an von Elternbeiträgen befreit. Denn nur ein
219 gleicher Zugang zu guter Bildung durchbricht die Abhängigkeit von Herkunft und
220 Bildungsbiografie. Gute frühkindliche Bildung ist nur mit einem guten Betreuungsschlüssel
221 möglich, der Leitungsfreistellung, die mittelbare pädagogische Arbeit und die Anleitung von
222 Auszubildenden stärker berücksichtigt. Um dies zu gewährleisten muss das Land die Kosten
223 der pädagogischen Arbeit übernehmen. Der Beruf der Erzieher*in geht mit einer
224 mehrjährigen Ausbildung und einer hohen Verantwortung einher, er verdient wesentlich mehr
225 gesellschaftliche Anerkennung. Um mehr Erzieher*innen zu halten und zu gewinnen, sind
226 bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen unabdinglich.

227 Ähnliches gilt auch für Schulen. In den ständig wachsenden Ballungsgebieten müssen die
228 Schulentwicklungspläne den tatsächlichen Anforderungen angepasst werden, es darf nicht
229 sein, dass ganze Grundschulgenerationen in Containern unterrichtet werden, weil
230 Schulgebäude fehlen. In den ländlichen Regionen kämpfen wir jedoch für den Erhalt eines
231 jeden Schulstandortes. Dazu werden mittelfristig neue pädagogische Wege zu gehen sein,
232 jahrgangsübergreifendes Unterrichten und Lernen, Kleingruppenarbeit, die Ausweitung des
233 gemeinsamen Unterrichts und Lernens über die vierte Klasse hinweg, Kooperationsmodelle
234 mit anderen Schulen und in den höheren Klassen auch der verstärkte Einsatz von E-learning.
235 Durch die Corona Pandemie werden die Familien benachteiligt, bei denen zum einen die
236 beengte Wohnsituation ein konzentriertes homeschooling nicht zulässt und zum anderen
237 diejenigen, die nicht über die entsprechenden Endgeräte verfügen. Hier müssen Angebote
238 geschaffen werden, wie die Bereitstellung eines Internetzuganges, der Endgeräte und eine
239 personelle Unterstützung des Lernerfolgs sowohl via Internet aber auch als aufsuchende Hilfe
240 um die Schülerinnen und Schülern vor Ort zu begleiten. Doch genau das entspricht auch
241 unserer Vorstellung einer guten und nicht sozial ausgrenzenden Schule. Wir wollen mit einer
242 Gemeinschaftsschule für Alle von der ersten bis zur zehnten Klasse die selektierende

243 Mehrgliedrigkeit überwinden und Bildungswege für alle gleich öffnen, unabhängig von der
244 finanziellen und sozialen Herkunft.

245 Und egal ob Kita oder Schule, ein gemeinsames gesundes und ausgewogenes Mittagessen
246 gehört in den Tag integriert. Dies muss ebenfalls gebührenfrei angeboten, und entsprechende
247 Räumlichkeit genutzt oder geschaffen werden.

248 Bildungsstätten wie Schulen und Ausbildungsplätze müssen zudem kostenlos für jede/n
249 Schüler*in und jede/n Auszubildende*n mit dem ÖPNV erreicht werden können.

250 Lernen ist ein lebenslanger Prozess, daher wollen wir auch die hessischen Volkshochschulen
251 stärken. Sie müssen nicht nur finanziell besser ausgestattet werden, wir unterstützen auch die
252 Bemühungen, Standorte vor allen in den ländlichen Regionen zu erhalten.

253 **11. Digitale Teilhabe sicherstellen**

254 Die Digitalisierung unserer Gesellschaft durchlebte aktuell dank Corona einen Riesenschub.
255 DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass alle von den Vorteilen der Digitalisierung profitieren
256 können und gleichzeitig der Schutz der Persönlichkeits- und Freiheitsrechte gewahrt bleiben.
257 In der Abwägung zwischen technischer Innovation und Schutz der Persönlichkeitsrechte wird
258 DIE LINKE im Zweifelsfall den Schutz der Persönlichkeitsrechte vorziehen.

259 Digitale Erreichbarkeit und digitale Angebote müssen flächendeckend verfügbar sein. Nur so
260 lassen sich gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Hessen gewährleisten. Für DIE LINKE
261 ist es entscheidend, auf diesem Weg allen Menschen eine digitale Teilhabe zu ermöglichen.
262 Dazu brauchen wir digitale Bildung für alle, hierzu gehören Einsteigerangebote für Netz-
263 Senior*innen ebenso wie Angebote zu Hatespeech, Cybermobbing oder dem Daten- und
264 Persönlichkeitsschutz. Alle digitalen Portale müssen so gestaltet sein, dass das Prinzip der
265 Barrierearmut bereits in der Konzeptphase berücksichtigt wird. Menschen mit Behinderungen
266 müssen gleichberechtigt und diskriminierungsfrei an der digitalen Kommunikation teilhaben
267 können.

268 DIE LINKE unterstützt die Bereitstellung von kostenlosem WLAN in allen öffentlichen
269 Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen, sowie Initiativen, die neben den öffentlichen
270 WLAN-Anbietern, auch privat WLAN-Zugänge bereitstellen.

271 Das Onlinezugangsgesetz (OZG) stellt die Kommunen vor neuen Herausforderungen. Alle
272 Angebote, von Abfallversorgung bis Zulassung von KFZ, müssen auch digital angeboten
273 werden. Ziel ist es, den Bürger*innen die Kommunikation mit der Verwaltung zu erleichtern,
274 indem Behördengänge z.B. mit elektronischen Angeboten vereinfacht werden. Dies darf aber
275 nicht dazu führen, das Personal abgebaut, Öffnungszeiten gekürzt oder Bürgerbüros im
276 ländlichen Raum geschlossen werden. Hierbei können auch neue Arbeitsformen wie
277 Homeoffice und Telearbeit zum Einsatz kommen, wenn sie innerhalb der Dienststelle geregelt
278 sind und nicht zu einer ständigen Erreichbarkeit führen.

279 DIE LINKE setzt sich für eine Änderung des Hessischen Informationsfreiheitsgesetzes ein
280 und steht somit für Informationsfreiheit und Transparenz für alle Bürger*innen. Daten und
281 Informationen die mit öffentlichen Mitteln erhoben und verarbeitet wurden, müssen auch der
282 Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Hierzu wird DIE LINKE auf kommunaler Ebene eigene
283 Satzungen zur Sicherstellung des Informationsanspruchs gegenüber den Verwaltungen

[284](#) erarbeiten, die diesen Anspruch sicherstellt und gleichzeitig eine kommerzielle Nutzung
[285](#) dieser Daten ausschließt.

[286](#) DIE LINKE fordert, dass bei der Beschaffung von Software immer auch geprüft wird, ob sog.
[287](#) Open-Source-Software, also Software entwickelt von freien Entwickler*innen, vorhanden ist
[288](#) und ob der Einsatz möglich ist.

[289](#) **12. Gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen**

[290](#) Viele sind von der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Um Diskriminierung und
[291](#) Ausgrenzung entgegen zu wirken darf dieser Zustand nicht hingenommen werden.

[292](#) DIE LINKE kämpft für die Einbeziehung aller dauerhaft in einer Gemeinde lebenden
[293](#) Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, in die kommunalen Entscheidungsprozesse. Deshalb
[294](#) fordert DIE LINKE ein kommunales Wahlrecht für alle hier dauerhaft lebenden Menschen ab
[295](#) dem 16. Lebensjahr. Solange der Gesetzgeber die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen
[296](#) nicht schafft, müssen die Ausländerbeiräte aufgewertet werden und dürfen nicht durch
[297](#) Integrationskommissionen ersetzt werden. Das Demokratieprinzip gebietet, dass Menschen,
[298](#) die gemeinsam in einer Gemeinde leben, auch gemeinsam die kommunalen Entscheidungen
[299](#) treffen, die ihre gemeinsame Zukunft betreffen. Deshalb unterstützt DIE LINKE ein Rede-
[300](#) und Antragsrecht in den politischen Gremien für Ausländerbeiräte sowie für Kinder- und
[301](#) Jugendforen oder Kinder- und Jugendparlamente. Personal und Mittel sind zum Gelingen
[302](#) dieser Beteiligung erforderlich. Kommunale Integrationskonzepte können nur gelingen, wenn
[303](#) Migrant*innen und ihre Selbstorganisationen gleichberechtigt daran mitarbeiten können.
[304](#) Deshalb müssen migrationsbedingte Mehrsprachigkeit, Strukturen und Netzwerke gestärkt
[305](#) werden. Um die gesellschaftliche Vielfalt auch in hessischen Rathäusern abzubilden, setzt
[306](#) sich DIE LINKE für eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung ein.

[307](#) Für DIE LINKE ist „Refugees welcome!“ Leitfaden hessischer Willkommenskultur. DIE
[308](#) LINKE setzt sich für legale und sichere Einreisemöglichkeiten von Flüchtlingen ein und
[309](#) unterstützt die Forderungen von Solidarity City und Seebrücke sowie Städte und Gemeinden,
[310](#) die über ihrem Kontingent mehr Flüchtlinge aufzunehmen wollen und dem Bündnis „Sichere
[311](#) Häfen“ beigetreten sind. Darüber hinaus müssen ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und
[312](#) Selbsthilfeorganisationen in den Kommunen finanziell und organisatorisch unterstützt
[313](#) werden. Wir wenden uns gegen horrende Mietzahlungen in kommunalen
[314](#) Flüchtlingsunterkünften, zudem fordern wir Mindeststandards bei der Unterbringung. Durch
[315](#) die Corona-Pandemie hat sich gezeigt, dass in überfüllten Flüchtlingsunterkünften
[316](#) Hygienestandards nicht eingehalten werden konnten. Ziel muss sein, dass alle Flüchtlinge
[317](#) menschengerecht untergebracht werden sowie Zugang zu Sprach- und Integrationskurse und
[318](#) Gesundheitsleistungen erhalten.

[319](#) DIE LINKE fordert gesellschaftliche Teilhabe für alle Einwohner*innen durch das
[320](#) Menschenrecht auf Inklusion. Es bedeutet, dass kein Mensch ausgeschlossen, ausgegrenzt
[321](#) oder an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden darf. Barrierefreiheit ist mehr als Rampen
[322](#) an Eingängen, abgesenkte Bordsteine und Ausbau der Bushaltestellen. Die neue
[323](#) Aufgabenverteilung durch das Bundesteilhabegesetz (BTHG) stellen kreisfreie Städte und
[324](#) Landkreise sowie den Landeswohlfahrtsverband vor neue Herausforderungen. Die
[325](#) Umsetzung darf jedoch nicht dazu führen, dass Leistungen gekürzt oder den Betroffenen
[326](#) verweigert werden. Städte, Gemeinden und Landkreise müssen kommunale Aktionspläne und

327 Handlungskonzepte umsetzen, um der Inklusion bzw. der „UN-Konvention für die Rechte
328 von Menschen mit Behinderung“ gerecht zu werden.

329 **13. Kampf gegen Faschismus und Rassismus auch in den** 330 **Kommunen**

331 Antisemitismus, Antiziganismus und alle anderen Formen von Rassismus und
332 Ausländerfeindlichkeit richten sich gegen ein menschliches Zusammenleben aller. Wir
333 wenden uns gegen alle Kräfte, die ethnische oder religiöse Minderheiten und Menschen auf
334 der Flucht vor Krieg und Elend zu Sündenböcken für eine verfehlte Politik machen wollen.
335 Einer Diskriminierung dieser Menschen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, im
336 Bildungssystem und durch Behörden treten wir entschieden entgegen.

337 Wir verteidigen das Recht aller Religionsgemeinschaften auf eine freie Religionsausübung im
338 Rahmen der allgemeinen Gesetze und bekämpfen deshalb die Hetze und die Aktionen
339 rassistischer und faschistischer Organisationen gegen Gotteshäuser.

340 Wo faschistische Organisationen auftreten, verteidigen wir – auch in lokalen überparteilichen
341 Bündnissen - den öffentlichen Raum gegen ihre Hetze. Wir setzen auf antifaschistische
342 Aufklärungsarbeit. Vereine, Kultur- und Jugendinitiativen, die auf ein gleichberechtigtes
343 Zusammenleben aller Menschen orientieren, müssen kommunal gefördert werden. Wir setzen
344 uns, angesichts zunehmender Versuche von Geschichtsglitterung, Leugnung des Holocaust
345 und der Verbrechen der Nazis, für eine antifaschistische und aufklärerische Erinnerungsarbeit
346 vor Ort ein.

347 Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale
348 Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und
349 Kultureinrichtungen zu stärken. Wir setzen uns ein für eine solidarische Kooperation der
350 Kommunen auf europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen
351 Entwicklungspolitik, gerechte Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive
352 Friedenspolitik.

353 **14. Öffentliche Daseinsvorsorge in demokratischer Kontrolle**

354 DIE LINKE steht für eine Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und den Ausbau der
355 öffentlichen Einrichtungen und Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher
356 Einrichtungen und Dienstleistungen lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Erziehung, Bildung,
357 Gesundheitsversorgung, Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Altenpflege, öffentlicher
358 Personennahverkehr, Energieversorgung, Wasserversorgung und Entsorgung sind öffentliche
359 Aufgaben. Diese Einrichtungen müssen den Menschen dienen und nicht Profitwünsche
360 privater Kapitaleigner erfüllen. Wir sagen Nein zur weiteren Liberalisierung des Freihandels
361 zulasten der öffentlichen Daseinsvorsorge in unseren Kommunen. Privatisierungen haben
362 gezeigt, dass sich die Leistungen für die Menschen vor Ort reduzieren und zugleich
363 Arbeitsbedingungen und die Bezahlung der Beschäftigten verschlechtern. Deshalb setzen wir
364 uns für eine Rekommunalisierung vormals privatisierter Bereiche ein. Wir setzen uns dafür
365 ein, die ambulante örtliche Pflege, gemeinsam mit den Kirchen und den Wohlfahrtsverbänden
366 auszubauen. Die Gesundheitsämter müssen personell aufgestockt werden um insbesondere in
367 Krisenzeiten den Bevölkerungsschutz sicherzustellen. Das weiter bestehende Interesse von
368 Beteiligungen privater Investoren an öffentlichen Projekten (ÖPP) lehnen wir ab. Diese

30 11

31

32

[369](#) Projekte sollen Investoren profitable Anlagemöglichkeiten eröffnen und sind für die
[370](#) Kommunen im Endeffekt teurer als kommunale Lösungen, wie viele Beispiele in den
[371](#) vergangenen Jahren bereits belegen. Aber auch dort, wo der Staat seine Gesellschaften, vor
[372](#) allem Krankenhäuser, Wohnungsgesellschaften und Stadtwerke nicht privatisiert, aber dem
[373](#) Wettbewerb des Marktes unterwirft und so zwangsläufig zu den Methoden der Privaten greift,
[374](#) stellen sich gleiche negative Folgen ein. Mit der Kommerzialisierung sinken die Leistungen,
[375](#) Gebühren steigen und die Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtern sich. Um
[376](#) dieser Entwicklung zu begegnen, ist mehr demokratische Kontrolle und Rücknahme der
[377](#) Kommerzialisierung notwendig. Deshalb fordert DIE LINKE eine Rückführung privatisierter
[378](#) Einrichtungen in kommunale Eigenbetriebe. Kommunale Betriebe müssen gegenüber den
[379](#) gewählten kommunalen Gremien umfassend rechenschaftspflichtig werden. Mitglieder in
[380](#) Aufsichtsräten von kommunalen Beteiligungen müssen von den kommunalen Gremien
[381](#) kontrolliert werden können. Transparenz, demokratische Kontrolle und Beteiligung der
[382](#) Bürger*innen an Entscheidungen öffentlicher Unternehmen müssen sichergestellt werden.

[383](#) **15. Mehr direkte Demokratie wagen - Bürgerengagement mit** [384](#) **Bürgerbeteiligung verbinden**

[385](#) Auch nach der Novellierung der Hessischen Gemeinde- und Landkreisordnung sind die
[386](#) Möglichkeiten zur direkten Beteiligung der Menschen vor Ort völlig unzureichend. Im
[387](#) Gegensatz zu anderen Bundesländern kennt die Hessische Kommunalverfassung weiterhin
[388](#) kein Petitions- oder Antragsrecht für ihre Bürger*innen. DIE LINKE tritt für eine deutliche
[389](#) Erweiterung der Beteiligungsmöglichkeiten ein. Wir wollen, dass die Menschen vor Ort durch
[390](#) Begehren und Entscheide mehr unmittelbaren politischen Einfluss erhalten und die Hürden
[391](#) dafür herabgesetzt werden. Wir treten dafür ein, dass Bürgerbegehren nicht mit juristischen
[392](#) Tricks ausgebremst werden. Das setzt jedoch Transparenz der öffentlichen
[393](#) Entscheidungswege und Informationsfreiheit voraus. Auch die kommunalen
[394](#) Mandatsträger*innen sollen mehr Kontrollrechte gegenüber den Magistraten und
[395](#) Kreisausschüssen sowie den kommunalen Unternehmen erhalten. Dazu gehört auch die
[396](#) weitest gehende Aufhebung der Geheimhaltungspflichten, die nach Einführung privater
[397](#) Rechtsformen bei den kommunalen Unternehmen die Kontrollrechte der Parlamente faktisch
[398](#) aushebeln.

[399](#) DIE LINKE setzt sich für echte Bürgerhaushalte ein! Diese dürfen jedoch nicht dazu dienen,
[400](#) die Menschen vor Ort für die Umsetzung von Spardiktaten mitverantwortlich zu machen. Es
[401](#) ist daher unabdingbar, dass den Menschen in allen Phasen eine breite und aktive Teilnahme
[402](#) an den Entscheidungsprozessen möglich ist, umfassende und problemorientierte
[403](#) Informationen zur Verfügung stehen sowie die Kommunalvertretungen dazu verpflichtet sind,
[404](#) dem Votum der Menschen zu folgen. So sollen die Einwohner*innen auch per Entscheid, z.B.
[405](#) über die Abschaffung der Straßenbeiträge, selbst entscheiden können.

[406](#) Einschränkungen von Mitbestimmungsrechten der Kommunalparlamente in Krisenzeiten sind
[407](#) inakzeptabel. Eine Aussetzung von Stadtverordnetenversammlungen, Ortbeiratssitzungen,
[408](#) oder Ausschusssitzungen), ein Ausschluss der Öffentlichkeit sowie die Einschränkung
[409](#) kommunalpolitischer Beratungen, lehnen wir ab! DIE LINKE setzt sich für mehr Sicherheit
[410](#) innerhalb der Städte und Gemeinden ein. So ist in regelmäßiger Zusammenarbeit zwischen
[411](#) den Ordnungsbehörden, den Vereinen und Verbänden und der Polizei das bestehende
[412](#) Sicherheitskonzept weiter zu entwickeln. Wir lehnen aber den Einsatz von ehrenamtlichen

413 Polizeihelfern sowie den verstärkten Einsatz von Videoüberwachungsanlagen ab. Wir wollen
414 eine Sicherheitspolitik die auf Prävention und Aufklärung aufbaut und nicht auf Repression.

415 Das zunehmende – und unterstützenswerte - ehrenamtliche Engagement in den Kommunen
416 darf nicht dazu missbraucht werden, öffentliche Aufgaben auf die Schultern der
417 Ehrenamtlichen abzuwälzen. Ehrenamtlichkeit darf keine Arbeitsplätze ersetzen, sie benötigt
418 hauptamtliche Strukturen um gut arbeiten zu können. Das bürgerschaftliche Engagement
419 verfehlt völlig seinen Zweck, wenn den beteiligten Menschen gleichzeitig jede
420 Mitbestimmung bei den kommunalen Entscheidungen verweigert wird.

421 **16. Geschlechtergerechtigkeit und -gleichstellung durchsetzen**

422 Noch immer sind Frauen in vielen Bereichen von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik
423 unterrepräsentiert und werden ihre Leistungen sowohl materiell als auch immateriell geringer
424 geschätzt. Altersarmut ist weiblich. Deswegen müssen wir das Angebot von
425 Mehrgenerationenwohnen und Alten-WGs auch für Menschen mit wenig Geld bezahlbar
426 machen.

427 In kommunalen Gremien und Vorständen sind Frauen unterrepräsentiert. Das ist für uns nicht
428 hinnehmbar! Wir setzen uns für eine gendergerechte Haushaltspraxis ein. In allen Kommunen
429 müssen Frauenbeauftragte installiert werden, die mit den notwendigen finanziellen
430 Ressourcen ausgestattet sind. Insbesondere in den Gebieten auf dem Land muss diese Struktur
431 weiter ausgebaut und gezielte Frauenförderung betrieben werden.

432 DIE LINKE setzt sich für die vollständige Gleichstellung der Frau ein. Die Sorgearbeit wird
433 im Schnitt doppelt so häufig von Frauen wie von Männern getragen, was eine deutliche
434 Mehrfachbelastung mit sich bringt, diese wollen wir aufbrechen. Kinderbetreuung und die
435 Pflege von Angehörigen wollen wir kommunalisieren, dazu brauchen wir kostenfreie
436 Kitaplätze mit guter Betreuung und flexible Öffnungszeiten. Die Corona Pandemie hat
437 deutlich gemacht, dass die Belastung durch Homeschooling, Kinderbetreuung und
438 Homeoffice besonders Frauen trifft und sie in ein traditionelles Rollenbild zurückdrängt. Hier
439 fordern wir ein verlässliches Konzept für die Kinderbetreuung.

440 Politische Ämter und Mandate sollen zur Hälfte mit Frauen besetzt werden, das gilt
441 insbesondere für die obersten Verwaltungsebenen.

442 Die Frauenhäuser müssen angemessen finanziert werden. Wir brauchen wesentlich mehr
443 Zimmer, die für Familien geeignet und barrierefrei sein müssen. Es darf nicht sein, dass
444 Frauen in Not wegen ungeklärter Finanzierung oder fehlender Plätze abgewiesen werden. Die
445 Istanbul-Konventionen müssen auch auf kommunaler Ebene umgesetzt werden. Da für DIE
446 LINKE die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen selbstverständlich ist, müssen die
447 Beratungsstellen wie z. B. Pro Familia gut finanziert werden.

448 **17. Gleichstellung aller Lebensweisen und Identitäten**

449 Wir stellen uns solidarisch mit LGBTIQ*-Menschen und ihrem Wunsch nach einem
450 selbstbestimmten und diskriminierungsfreien Leben. Gleichstellung aller Geschlechter
451 beginnt am Formular oder dem Webauftritt, daher fordern wir von den
452 Kommunalverwaltungen, bei der Neuerstellung von Angeboten zu berücksichtigen, dass sich

36 13

37

38

453 nicht alle Menschen männlich oder weiblich identifizieren. Wir fordern die Einrichtung
454 lokaler Beratungsstellen durch die Kommune. Diese sollen Anlaufstellen für queere
455 Menschen, sowie ihr soziales Umfeld sein. Sie sollen der Schweigepflicht unterliegen und
456 sowohl Informationsmaterial zur Verfügung stellen als auch fachlich kompetente Beratung
457 anbieten, in welcher Diskriminierungserfahrungen aufgearbeitet werden können und
458 Unterstützung für die Alltagsbewältigung gegeben werden kann.
459 Wir fordern verpflichtende, fachgerechte Schulungen für Mitarbeiter*innen sämtlicher
460 Einrichtungen und Behörden der Kommune, um einen sensibilisierten und respektvollen
461 Umgang gewährleisten zu können. Dieser sollte ebenfalls in Bezug auf queere Schüler*innen
462 thematisiert und umgesetzt werden.
463 In allen öffentlichen Einrichtungen der Kommune, und somit auch allen Schulen, sollen
464 (zusätzlich) geschlechtsneutrale Toiletten zur Verfügung gestellt werden.
465 Die in der Gesellschaft vorherrschende, auf Klischees reduzierte und oft diskriminierende
466 Wahrnehmung von queeren Menschen möchten wir überwinden. Hierfür ist Bildung ein
467 essenzieller Punkt, ohne welchen keine gesellschaftliche Veränderung herbeigeführt werden
468 kann. Wir streben sowohl eine politische Thematisierung der Diskriminierung als auch eine
469 erhöhte mediale und gesellschaftliche Repräsentanz von queeren Menschen an.

470 **18. Kultur für alle**

471 Die freie Entfaltung von Kunst, Kultur und Wissenschaft und der Zugang aller
472 Bevölkerungsschichten zu Kultureinrichtungen sind Voraussetzungen für eine demokratische
473 Gesellschaft. Deshalb muss Kultur für alle Menschen erschwinglich und zugänglich sein. Wir
474 treten nicht nur für die Förderung von "etablierter" Kultur, sondern ebenso für die
475 Unterstützung von Subkultur ein. Kultur, Kunst und Kreativität dürfen nicht einer
476 Verwertungslogik zum Opfer fallen. Daher sehen wir "creative economies" und "creative
477 industries" kritisch.

478 Kulturelle Bildung muss besonders für Kinder und Jugendliche ausgebaut werden. Der
479 Eintritt in alle öffentlichen Museen muss für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende
480 kostenlos sein. Kinder- und Jugendtheater sind so zu fördern, dass jedes Schulkind in Hessen
481 einmal im Jahr eine Vorstellung besuchen kann. Förderung von Kultur- und
482 Kommunikationsinitiativen in den großen Wohngebieten unter besonderer Berücksichtigung
483 der Interessen von Frauen, Kindern und Jugendlichen Musikschulen, Museen sowie weitere
484 Kultureinrichtungen und –angebote sind so zu fördern, dass sie gebührenfrei oder für alle
485 bezahlbar bleiben. Ebenso müssen Bibliotheken und Artotheken erhalten und ausgebaut
486 werden, die Nutzung muss ohne Gebühren möglich sein.

487 Keine Selbst-Prekarisierung von Kulturproduzent*innen. Kunst und Kultur ist ein Produkt
488 wie jedes andere und erfordert Arbeit. Deswegen muss dieses Produkt auch nach Tarif bezahlt
489 werden. DIE LINKE fordert daher, dass Mindeststandards und Mindesthonorare für
490 freiberuflich und künstlerisch Tätige festgelegt werden.

491 Die Lebensqualität steigt mit den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung. Dies erfordert eine
492 entschlossene städtische Fürsorge und Pflege der gesamten Kulturlandschaft. Eigenständige
493 und freie Kulturinitiativen, sowie soziokulturelle Zentren müssen noch besser gefördert
494 werden, erhalten bleiben und in ihrer Selbstverwaltung gestärkt werden.

495 **19. Erhalt und Ausbau von Sportstätten und Förderung des**
496 **Breitensports**

497 Sport bringt Menschen zusammen und bietet Raum für gemeinsame Erfahrungen.
498 Sportvereine sind auch Orte erfolgreicher Integration. Hier geht es auch um die Vermittlung
499 von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness.

500 Wir fördern und unterstützen vor allem den Breitensport mit seiner positiven sozialen und
501 gesundheitlichen Wirkung. Die Sportvereine müssen deshalb bei der Zusammenarbeit mit den
502 Schulen vor Ort stärker unterstützt werden.

503 Viele Sporthallen, Schwimmbäder und Sportplätze sind sanierungsbedürftig, weil den
504 Kommunen das notwendige Geld fehlt. Es ist Aufgabe des Landes Hessen, die Kommunen
505 und die Sportvereine in ihrem Bestand zu sichern und ausreichend finanziell zu unterstützen,
506 damit die notwendigen Investitionen vorgenommen werden können. Die Sportstätten und
507 Schwimmbäder sollen zeitgemäß, barrierefrei und ökologisch sinnvoll saniert werden.
508 Deshalb muss Sport eine kommunale Pflichtaufgabe werden.

509 **20. Kommunen für den Frieden**

510 DIE LINKE ist Teil der Friedensbewegung. Wir stehen gegen Aufrüstung und
511 Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Milliarden für Rüstung und Krieg fehlen für die
512 Sanierung unserer Schulen. Wir wenden uns gegen jede Militarisierung des Lebens in der
513 Kommune. Die Werbung für die Bundeswehr und Auslandseinsätze hat in Schulen,
514 Universitäten, Arbeitsagenturen, Jobcentern und bei Hessentagen nichts zu suchen. Eine
515 Beteiligung an der Kampagne „Gelbe Schleifen“ für die Bundeswehr lehnen wir ab.
516 Rüstungsfirmen wollen wir mithilfe von Konversionsprogrammen in zivile Produktion
517 umwandeln.

518 Wir befürworten Städtepartnerschaften und wollen sie dazu nutzen, die internationale
519 Zusammenarbeit von sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Vereinen und
520 Kultureinrichtungen zu stärken. Initiativen wie die „Mayors for Peace“ und der ICAN-
521 Städteappell für ein Verbot von Atomwaffen finden unsere Unterstützung. Antimilitaristische
522 Erinnerungs- und Aufklärungsarbeit wollen wir fördern.

523 Grundsätzlich setzen wir uns ein für eine solidarische Kooperation der Kommunen auf
524 europäischer und internationaler Ebene in den Bereichen Entwicklungspolitik, gerechte
525 Weltwirtschaft, Arbeitswelt, Umwelt und präventive Friedenspolitik.

526 **Mitmachen**

527 Ob soziale Ungleichheit, Klimawandel, Beschäftigungspolitik, Bildungschancen oder
528 Gesundheitsversorgung: Veränderungen fangen vor Ort an und wirken sich vor Ort aus. Wir
529 rufen die Menschen auf, sich für ihre Belange einzumischen und für notwendige
530 Veränderungen stark zu machen. Wir ermuntern diejenigen, die nicht länger einfach alles
531 geschehen lassen wollen, aktiv für eine bessere Zukunft einzutreten und mit uns vor Ort
532 gemeinsam und konsequent für soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit,
533 Demokratie und Frieden in lebenswerten Städten und Gemeinden zu streiten.

42 15

43

44